

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/039(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 16.10.2006	Ratssaal	14:00Uhr	17:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 5.21 Neufassung der Eigenbetriebssatzung "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" vom 08. Dezember 1998 (Amtsblatt 88/1998) in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 06. Juni 2000 (Amtsblatt 67/2000) sowie der 2. Änderungssatzung vom 27. Dezember 2001 (Amtsblatt 162/2001) DS0287/06
- 5.23 Widmung der Elbstraße (Teilstück) im B-Plan-Gebiet 458-2 "Sülzeberg-Nord" DS0270/06
- 5.24 Widmung der Gemeindestraßen im B-Plan-Gebiet 111-3 "Lerchenwuhne" DS0272/06
- 5.25 Straßenname DS0316/06

5.26	Straßenname	DS0315/06
5.27	Bereitstellung einer außerplanmäßigen Ausgabe	DS0341/06
5.28	Errichtung einer Denkmalschutzfabrik - Bestätigung der HU-Bau	DS0327/06
5.29	Kommunale Baulandentwicklung	DS0240/06
5.30	Geltungsbereichsänderung zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 431-1 "Ottersleber Chaussee / Am Hopfengarten" in einem Teilbereich	DS0357/06
5.31	Geltungsbereichsänderung und öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 431-1 B "Ottersleber Chaussee / Am Hopfengarten", Teilbereich B	DS0360/06
5.32	Änderung Entwurf zur 1. Änderung B-Plan Nr. 239-3 "Regierungsstraße"	DS0297/06
5.33	Satzung 1. vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 239-3 "Regierungsstraße"	DS0299/06
5.34	Abwägung zur 3. Änderung Bebauungsplan Nr. 237-1 "Bahnhofsvorplatz"	DS0237/06
5.35	Satzung zur 3. Änderung Bebauungsplan Nr. 237-1 "Bahnhofsvorplatz"	DS0238/06
5.36	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 348-2 "Stemmerner Straße"	DS0243/06
5.37	Vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 235-2 "Buttergasse"	DS0264/06

5.38	Aufhebung des Aufstellungs- und Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 362-2 "Braunschweiger Straße / Sudenburger Wuhne"	DS0271/06
8	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
8.1	Reduzierung der vorgenommenen Kürzungen bei Spielplätzen	A0103/06
8.1.1	Reduzierung der vorgenommenen Kürzungen bei Spielplätzen	A0103/06/1
8.1.2	Reduzierung der vorgenommenen Kürzungen bei Spielplätzen	S0140/06
8.2	MagdeburgOnline	A0115/05
8.2.1	MagdeburgOnline	S0224/05
8.4	Verkehrskonzept nach Fertigstellung des Fußballstadions	A0039/06
8.4.1	Verkehrskonzept nach Fertigstellung des Fußballstadions	S0139/06
8.6	Antrag Aufstellung der allegorischen Figuren der Zollbrücke in der Öffentlichkeit	A0063/06
8.6.1	Antrag Aufstellung der allegorischen Figuren der Zollbrücke in der Öffentlichkeit	A0063/06/1
8.6.2	Antrag Aufstellung der allegorischen Figuren der Zollbrücke in der Öffentlichkeit	S0100/06
8.7	Eindämmung der Flut von Wahlplakaten	A0087/06

8.7.1	Eindämmung der Flut von Wahlplakaten	A0087/06/1
8.7.2	Eindämmung der Flut von Wahlplakaten	S0133/06
8.8	Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung	A0088/06
8.8.1	Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung	A0088/06/2
8.8.2	Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung	S0130/06
8.9	PPP für die Stadthalle	A0120/06
8.9.1	PPP für die Stadthalle/Sanierung Stadthalle	S0154/06
8.10	Sanierung Stadthalle	A0135/06
8.11	Streuobstwiese in Sudenburg	A0130/06
8.11.1	Streuobstwiese in Sudenburg	A0130/06/1
8.11.2	Streuobstwiese in Sudenburg	S0159/06
8.12	Verbesserung des ÖPNV-Angebotes	A0133/06
8.12.1	Verbesserung des ÖPNV-Angebotes	A0133/06/1
8.12.2	Verbesserung des ÖPNV-Angebotes	S0162/06

8.13	Wirtschaftliches Potential des demographischen Wandels	A0136/06
8.13.1	Wirtschaftliches Potential des demographischen Wandels	S0152/06
8.16	Einrichtung einer Stabsstelle "Energie"	A0141/06
8.17	Entscheidungen des Stadtrates zur Übertragung von Kindereinrichtungen	A0162/06
8.18	Stellplatzangebot für Wohnmobile verbessern	A0164/06
8.19	Beseitigung von Müll am Neustädter See	A0166/06
8.20	Erstellung einer Mietnebenkostenübersicht für die Landeshauptstadt Magdeburg	A0167/06
8.21	Wärmenutzung aus Abwasser	A0170/06
8.22	Fußgängerfreundlicher Überweg beim Technikmuseum	A0171/06
8.23	Buslinie zum Technikmuseum	A0172/06
8.24	ÖPNV als Schwerpunkt rechter Gewalt	A0168/06
9	Informationsvorlagen	
9.1	Sanierung und Umbau der Stadthalle	I0185/06

9.2	Abwägung in der Bauleitplanung	I0194/06
9.3	Bericht über kommunale arbeitsmarktpolitische Ergebnisse per 30.06.2006	I0220/06
9.4	Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)	I0221/06
9.5	Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.06.2006	I0229/06
9.6	Sachstand der Maßnahmen zur Luftreinhaltung und Ausblick	I0231/06
9.7	Überprüfung des Taxistellplatzkonzeptes	I0246/06
9.8	Ergebnisse der Studienreise für Multiplikatoren nach Sarajevo vom 25.06. bis 02.07.06	I0260/06
9.9	Verlängerung des Weihnachtsmarktes	I0266/06

Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 39.(IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte
Oberbürgermeister	1
Zu Beginn anwesend	35
maximal anwesend	47
entschuldigt	10

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

- 5.21. Neufassung der Eigenbetriebssatzung "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" vom 08. Dezember 1998 (Amtsblatt 88/1998) in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 06. Juni 2000 (Amtsblatt 67/2000) sowie der 2. Änderungssatzung vom 27. Dezember 2001 (Amtsblatt 162/2001) DS0287/06
-

Zur Drucksache liegt ein Austauschblatt vor.

Der Betriebsausschuss SSW und der Ausschuss KRB empfehlen die Beschlussfassung

Der Ausschuss FG hat die Drucksache zur Kenntnis genommen.

Der Stadtrat **beschließt** mit 35 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1179-39(IV)06

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Eigenbetriebssatzung der "Städtischen Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" (Amtsblatt Nr. 88 vom 08. Dezember 1998) in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 06. Juni 2000 (Amtsblatt Nr. 67 vom 06.06.2000) sowie der 2. Änderungssatzung vom 27. Dezember 2001 (Amtsblatt 162/2001).

- 5.22. Wechsel der Trägerschaft von Kindertageseinrichtungen DS0411/06
-

Der TOP 5.22 wird im Zusammenhang mit TOP 8.17 – A0162/06 – behandelt.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung der Änderungsanträge DS0411/06/1 und DS0411/06/2.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag DS0411/06/3 der Fraktion Die Linkspartei.PDS vor.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker macht umfassende Erläuterungen zur Drucksache DS0411/06. Insbesondere geht sie dabei auf die vorliegenden Änderungsanträge des Ausschusses Juhi ein und legt dar, dass die vorgeschlagenen Änderungen als Interimslösungen für einen Zeitraum von drei Jahren zu sehen sind. Sie gibt die Empfehlung, den Änderungsanträgen zuzustimmen. Bezugnehmend auf den Änderungsantrag DS0411/06/3 der Fraktion Die Linkspartei.PDS sieht sie hier nur eine zeitliche Verschiebung der Problematik und gibt die Empfehlung, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Änderungsantrag DS0411/06/3 ein und bittet um Zustimmung.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, kritisiert den Änderungsantrag DS0411/06/1 des Ausschusses Juhi dahingehend, dass die erforderliche Einsparsumme durch Zusammenlegung von Objekten an einem gemeinsamen Standort erbracht werden soll und sieht dies nicht als richtigen Weg an.

Bezugnehmend auf den Änderungsantrag DS0411/06/3 der Fraktion Die Linkspartei.PDS verweist der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal darauf, dass im Falle einer Nichtübertragung der Kita Waldschule diese in der Bewirtschaftung der Stadt verbleibt und somit ein zusätzlicher finanzieller Aufwand entsteht.

Er unterbreitet den Vorschlag im Änderungsantrag DS0411/06/1 des Ausschusses Juhi im 2. Absatz, letzter Satz, folgende Ergänzung vorzunehmen

... in Höhe von 41.600 EURO jährlich ist bis **max.** zum 31. 07. 2009 nicht zu erbringen.

Er legt seine Auffassung dar, dass der tatsächliche Bedarf am Standort Kita Waldschule geprüft werden sollte und dargestellt werden muss, ob der Erhalt beider Einrichtungen sinnvoll ist. Eine Einsparung in Umsetzung der vorgeschlagenen Änderung entsprechende Änderungsantrag DS0411/06/1 des Ausschusses Juhi sieht er nicht.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker nimmt zu den Ausführungen Stellung und verweist darauf, dass die Übernahme der gebäudebezogenen Betriebskosten im Fall der Betreuung der Kita seitens der Stadt nur durch eine Schließung vermieden werden kann. Sie erläutert im Weiteren die Gründe dafür, dass diese Schließung nicht gewollt ist und bezeichnet den Änderungsantrag DS0411/06/1 des Ausschusses Juhi in diesem Sinne als kompromissfähig.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, stellt den Antrag, die Beschlusspunkte der vorliegenden Drucksache einzeln abzustimmen.

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages A0162/06 ihrer Fraktion.

Mit Hinweis auf die im Stadtrat geführte Diskussion wird der Antrag A0162/06 durch Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, **zurückgezogen**.

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Ja-Stimmen und wenigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0411/06/3 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Stadtrat möge beschließen:

1.)

Im Beschlussvorschlag, Punkt 1., wird der letzte Anstrich
„- Kita Waldschule, Leipziger Chaussee 20, 39118 Magdeburg ...“

gestrichen.

2.)

Der Beschlussvorschlag wird um den nachfolgenden Punkt 3 ergänzt:

„Die Übertragung der Kita Waldschule erfolgt erst, wenn die Deckung des im Haushaltskonsolidierungskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg verankerten Einsparbetrages von 41.600,- €pro Jahr gefunden ist, ohne dass der LHS Magdeburg ein Schaden daraus entsteht. Hier ist die Vertragsdauer des zwischen der LHS Magdeburg und der Kolping Bildungswerk Sachsen-Anhalt gGmbH geschlossenen Vertrages zur Übertragung der o.a. Kindertageseinrichtung zu berücksichtigen.

Bis zum Zeitpunkt der Übertragung gilt der zwischen der LHS Magdeburg und der Kolping Bildungswerk Sachsen-Anhalt gGmbH geschlossene Vertrag zur Übertragung der o.a. Kindertageseinrichtung. Für die Ausreichung der finanziellen Mittel ist die derzeit praktizierte Verfahrensweise weiterhin anzuwenden.“

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Ja-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsvorschlag des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, im Änderungsantrag DS0411/06/1 des Ausschusses Juhi im 2. Absatz, letzter Satz, folgende Ergänzung vorzunehmen

... in Höhe von 41.600 EURO jährlich ist bis **max.** zum 31. 07. 2009 nicht zu erbringen.

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0411/06/1 des Ausschusses Juhi **beschließt** der Stadtrat bei 1 Nein-Stimme und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Stadtrat ermächtigt die Verwaltung für die Kindertageseinrichtung Waldschule, Leipziger Chaussee 20, 39118 Magdeburg, an den Träger Johanniter Unfallhilfe e. V. die Finanzierung neu zu verhandeln.

Eine Einsparung aus dem Übertragungsprozess an Kolping-Bildungswerk Sachsen-Anhalt gGmbH im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 25a in Höhe von 41.600 EUR jährlich ist bis zum 31.07.2009 nicht zu erbringen.

Die Verwaltung wird beauftragt den Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Einzugsbereich Leipziger Straße/Reform/Hopfungarten so zu gestalten, dass durch die Auslastung von Kapazitäten die Einsparsumme von 41.600 EUR erreicht wird.

Ziel ist die Auslastung der pädagogischen Nutzflächen in den Einrichtungen des Einzugsbereiches zu mindestens 90 % oder die Zusammenlegung von Einrichtungen an einem Standort, um zum angegebenen Termin die Zielstellung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 25a zu erfüllen.

Gemäß Änderungsantrag DS0411/06/2 des Ausschusses Juhi **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Finanzierung mit dem PIN e. V. für die Kindertageseinrichtung Hort Am Nordpark, Pappelallee 31, 39106 Magdeburg, und Kita Am Nordpark, Große Weinhofstraße 8, 39106 Magdeburg zur Gewährleistung der wirtschaftlichen Sicherheit bei der Übernahme der Einrichtung vom Kolping-Bildungswerk Sachsen-Anhalt gGmbH nachfolgend zu regeln.

Zum 01.01.2007 werden neue Verträge zum Betreiben der zum 01.11.2006 übernommenen Einrichtungen abgeschlossen. Diese enthalten die gleichen Regelungen und Bedingungen wie sie bereits in den Jahren 2004 und 2005 mit dem PIN e.V. für die I-Kita "Am Neustädter See" sowie der Kita „Bördebogen“ vereinbart wurden.

Die Laufzeit dieser Verträge wird bis zum 31.12.2009 vereinbart.

Gemäß Beschlusspunkt 1 **beschließt** der Stadtrat bei vielen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1180-39(IV)06

1. Der Stadtrat beschließt den Trägerwechsel gemäß dieser Drucksache anliegenden Vertragsübernahmevertrag für folgende Kindertageseinrichtungen:

- Kita Am Nordpark, Große Weinhofstraße 8, 39106 Magdeburg
an den freien Träger Paritätisches Integratives Netzwerk Sachsen-Anhalt e. V.,
Welsleber Straße 59, 39128 Schönebeck
- Hort Am Nordpark, Pappelallee 31, 39106 Magdeburg
an den freien Träger Paritätisches Integratives Netzwerk Sachsen-Anhalt e. V.,
Welsleber Straße 59, 39128 Schönebeck
- Krippe Wiesenschlumpfe, Moldenstraße 18, 39106 Magdeburg
an den freien Träger Johanniter Unfallhilfe e. V., Hohendodeleber Straße 11,
39110 Magdeburg
- Kita Rasselbande, Moldenstraße 18, 39106 Magdeburg
an den freien Träger Johanniter Unfallhilfe e. V., Hohendodeleber Straße 11,
39110 Magdeburg
- Kita Waldschule, Leipziger Chaussee 20, 39118 Magdeburg
an den freien Träger Johanniter Unfallhilfe e. V., Hohendodeleber Straße 11,
39110 Magdeburg

Gemäß Beschlusspunkt 2 **beschließt** der Stadtrat bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1181-39(IV)06

2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung den dieser Drucksache anliegenden dreiseitigen Vertragsübernahmevertrag abzuschließen.

5.23.	Widmung der Elbstraße (Teilstück) im B-Plan-Gebiet 458-2 "Sülzeberg-Nord"	DS0270/06
-------	--	-----------

Der ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1182-39(IV)06

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Gemeindestraße Elbstraße (Teilstück) im B-Plan-Gebiet 458-2 "Sülzeberg-Nord" zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

5.24. Widmung der Gemeindestraßen im B-Plan-Gebiet 111-3
"Lerchenwuhne"

DS0272/06

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1183-39(IV)06

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Gemeindestraßen Tangerhütter Weg und Miester Weg (Teilstück) im B-Plan-Gebiet 111-3 "Lerchenwuhne" zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

5.25. Straßenname

DS0316/06

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadt **beschließt** bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1184-39(IV)06

Der Stadtrat beschließt die Benennung der neu entstehenden Erschließungsstraße im vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 „Lübecker Str. 8“ als

Heinrich-Mundlos-Ring

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** durch Einzelabstimmung

gemäß **Beschlusspunkt 1** des Beschlussvorschlages einstimmig:

Beschluss-Nr. 1185-39(IV)06

1. die Benennung der neu entstehenden nördlichen Erschließungsstraße (Planstr. A)
im Bebauungsplan Nr. 267-1 B „Kludamm/Th.-Mann-Str., Teil B“ als

Willy-Rosen-Straße

gemäß **Beschlusspunkt 2** des Beschlussvorschlages einstimmig:

Beschluss-Nr. 1186-39(IV)06

2. die Benennung der neu entstehenden südlichen Erschließungsstraße (Planstr. B)
im Bebauungsplan Nr. 267-1 B „Kludamm/Th.-Mann-Str., Teil B“ als

Christa-Johannsen-Straße

gemäß **Beschlusspunkt 3** des Beschlussvorschlages einstimmig:

Beschluss-Nr. 1187-39(IV)06

3. die Benennung der neu entstehenden westlichen Erschließungsstraße (Planstr. C)
im Bebauungsplan Nr. 267-1 B „Kludamm/Th.-Mann-Str., Teil B“ als

Ilse-Voigt-Straße

gemäß **Beschlusspunkt 4** des Beschlussvorschlages einstimmig:

Beschluss-Nr. 1188-39(IV)06

4. die Benennung der neu entstehenden östlichen Erschließungsstraße (Planstr. D)

im Bebauungsplan Nr. 267-1 B „Klusdamm/Th.-Mann-Str., Teil B“ als

Adele-Elkan-Straße

5.27. Bereitstellung einer außerplanmäßigen Ausgabe

DS0341/06

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1189-39(IV)06

1. Für die Haushaltsstelle 2.61501.987000.8-32 „Zone I – Erschließung von Industrie- und Gewerbegebiete – Artolith“, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, wird eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von **1.071.665,72 €** beschlossen;
2. Die Deckung erfolgt durch zweckgebundene Fördermittel aus der Haushaltsstelle 2.61501.361000.4-32 „Zone I – Erschließung von Industrie- und Gewerbegebiete – Artolith“, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen vom Land.

5.28. Errichtung einer Denkfabrik - Bestätigung der HU-Bau

DS0327/06

Zur Drucksache liegen Austausch- und Ergänzungsblätter vor.

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur vorliegenden Drucksache und macht kritische Anmerkungen hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs der Beratungsfolge.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1190-39(IV)06

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass die Errichtung einer Denkfabrik am Standort Werner-Heisenberg-Straße 1 in Magdeburg mit einem Gesamtumfang in der Höhe von 9.498.542,07 €entsprechend der erstellten HU-Bau bestätigt wird.
2. Der Stadtrat stimmt zu, dass die Maßnahme gemäß Fördermittelbeantragung in Höhe von 9.498.542,07 €im Rahmen des Städtebauförderprogramms des Entwicklungsbereiches Alte Neustadt – Handelshafen, davon mit Eigenmitteln der Landeshauptstadt in Höhe von 1.788.170,29 € und im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der EU finanziert werden soll.

Zu den oben aufgeführten Eigenmitteln der Landeshauptstadt innerhalb des Städtebauförderprogramms ist ein nicht geförderter Bauherrenanteil in Höhe von 1.856.778,22 € hinzuzurechnen, der aus dem Treuhandvermögen finanziert wird.

5.29. Kommunale Baulandentwicklung

DS0240/06

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung der Beschlusspunkte 1 und 2 sowie die Beschlussfassung zum Beschlusspunkt 3 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0240/06/1.

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages DS0240/06/2.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, zweifelt an, dass Erschließung und Vermarktung des Baulandes ohne finanziellen Auswirkungen für die Stadt Magdeburg erfolgen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den Änderungsantrag DS0240/06/2 des Ausschusses BSS ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag DS0240/06/1 des Ausschusses StBV ein.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen geht der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen davon aus, dass zur weiteren Entwicklung der Baugebiete noch entsprechende Stadtratsbeschlüsse gefasst werden müssen. Ohne Aussagen zur weiteren Entwicklung der Gebiete kann auch hinsichtlich der entstehenden Kosten keine Aussage getroffen werden.

Der Bürgermeister Herr Czogalla bestätigt die erforderliche Vorlage von Beschlüssen für die Baulandentwicklung und verweist darauf, dass die Erschließungskosten zwar zunächst seitens der Stadt vorfinanziert werden müssen, danach aber umgelegt werden. Aus diesem Grund können derzeit keine finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt ermittelt werden.

Gemäß Änderungsantrag DS0411/06/2 des Ausschusses BSS beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlussvorschlag **3. Harsdorfer Straße 67** ist zu ergänzen:

„Die Sporthalle in der Harsdorfer Straße 67 ist zu erhalten.“

Gemäß Änderungsantrag DS0411/06/1 des Ausschusses StBV beschließt der Stadtrat bei vielen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Beschlussvorschlag 3. Harsdorfer Straße 67 ist zu ergänzen:

„, sofern keine anderweitige Nachnutzung durch die Stadt infrage kommt.“

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 1191-39(IV)06

Die folgenden Flächen

1. südlich Gersdorfer Weg
2. Herbert-Landwehr-Straße
3. Harsdorfer Straße 67

sind als Bauland zu entwickeln. Die Erschließung und Vermarktung erfolgt durch die Landeshauptstadt Magdeburg.

Die Fläche Harsdorfer Straße 67 ist als Bauland zu entwickeln, sofern keine anderweitige Nutzung durch die Stadt infrage kommt. Die Sporthalle in der Harsdorfer Straße 67 ist zu erhalten.

- 5.30. Geltungsbereichsänderung zur Aufhebung des DS0357/06
Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 431-1
"Ottersleber Chaussee / Am Hopfengarten" in einem Teilbereich
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1192-39(IV)06

1. Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 431-1 "Ottersleber Chaussee / Am Hopfengarten" in einem Teilbereich (Beschluss-Nr. 1028-34 (IV) 06) wird hinsichtlich der Gebietsabgrenzung geändert. Der Geltungsbereich wird nunmehr wie folgt umgrenzt:
 - im Norden durch die Südgrenze und die Ostgrenze des Flurstücks 4619 (Flur 465) (Straßenflurstück Otternweg), die Süd- und die Ostgrenze des Flurstücks 6508 (Flur 465), die Südgrenze des Flurstücks 6509 (Flur 465),
 - im Osten durch die Westgrenze des Bienenweges, die Westgrenze und die Südgrenze des Flurstücks 6558 (Flur 465) (Straßenflurstück Libellenweg), die Ostgrenze des Grillenstiigs,
 - im Süden durch die Nordgrenze des Flurstücks 10431 (Flur 465) und deren Verlängerung nach Osten, der Nordgrenze des Flurstücks 10430 (Flur 465), der Westgrenze des Flurstücks 10430 (Flur 465) auf 10,5 m Länge, von dort parallel zur Nordgrenze dieses Flurstücks nach Westen verlängert, 15 m östlich der Westgrenze des Gebietes abknickend und in Ost-West-Richtung weiter verlaufend,
 - im Westen durch die Westgrenze des Flurstücks 10573 (Flur 465), die Südgrenze des Flurstücks 10299 (Flur 465) auf einer Länge von 1,5 m und von da nach Süden führend.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der eine Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Der Beschluss über die Geltungsbereichsänderung zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 431-1 "Ottersleber Chaussee / Am Hopfengarten" in einem Teilbereich ist ortsüblich bekannt zu machen.

- 5.31. Geltungsbereichsänderung und öffentliche Auslegung des DS0360/06
Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 431-1 B "Ottersleber Chaussee
/ Am Hopfengarten", Teilbereich B
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei 1 Enthaltung einstimmig:

Beschluss-Nr. 1193-39(IV)06

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 431-1 B "Ottersleber Chaussee / Am Hopfengarten", Teilbereich B wird geändert. Das Bebauungsplangebiet wird nunmehr wie folgt umgrenzt:
 - im Norden durch die Südgrenze und die Ostgrenze des Flurstücks 4619 (Flur 465) (Straßenflurstück Otternweg), die Süd- und die Ostgrenze des Flurstücks 6508 (Flur 465), die Südgrenze des Flurstücks 6509 (Flur 465),
 - im Osten durch die Westgrenze des Bienenweges, die Westgrenze und die Südgrenze des Flurstücks 6558 (Flur 465) (Straßenflurstück Libellenweg), die Ostgrenze des Grillenstiegs,
 - im Süden durch die Nordgrenze des Flurstücks 10431 (Flur 465) und deren Verlängerung nach Osten, der Nordgrenze des Flurstücks 10430 (Flur 465), der Westgrenze des Flurstücks 10430 (Flur 465) auf 10,5 m Länge, von dort parallel zur Nordgrenze dieses Flurstücks nach Westen verlängert, 15 m östlich der Westgrenze des Gebietes abknickend und in Ost-West-Richtung weiter verlaufend,
 - im Westen durch die Westgrenze des Flurstücks 10573 (Flur 465), die Südgrenze des Flurstücks 10299 (Flur 465) auf einer Länge von 1,5 m und von da nach Süden führend.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 431-1 B "Ottersleber Chaussee / Am Hopfengarten", Teilbereich B und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.

Es wurde eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Gemäß § 2a BauGB wurde eine Umweltbericht als gesonderter Bestandteil der Begründung erstellt.

3. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 431-1 B "Ottersleber Chaussee / Am Hopfengarten, Teilbereich B und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

5.32. Änderung Entwurf zur 1. Änderung B-Plan Nr. 239-3
"Regierungsstraße"

DS0297/06

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE lehnt die Beschlussfassung ab.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Nein-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1194-39(IV)06

1. Der vom Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 04.05.06 gebilligte und vom 29.05.2006 bis zum 30.06.2006 öffentlich ausgelegte Entwurf der 1. vereinfachten Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 239-3 „Regierungsstraße“ wird nach der öffentlichen Auslegung wie folgt geändert bzw. ergänzt:

- Die Baugrenze der Anlage für Gemeinschaftsstellplätze im MK 4 wird auf der Westseite um 3 m nach Osten und auf der Südseite um 2 m nach Norden verschoben, um den Abstand zu den vorhandenen Wohnungen zu vergrößern. Durch textliche Festsetzung wird die mögliche Überschreitung der Baugrenzen der Stellplatzanlage zur Errichtung jeweils einer Treppenanlage auf der Westseite und Ostseite um max. 3 m geregelt.
- Die maximale Gebäudehöhe für die bauliche Anlage der Gemeinschaftsstellplätze im MK 4 wird von 10 m auf 9 m reduziert. Die Bezugshöhe wird mit 55,7 m über HN festgesetzt.
- Aufgrund der immissionsschutzrechtlichen Stellungnahme wird folgende Festsetzung aufgenommen: Die Zu- und Ausfahrt der Anlage für die Gemeinschaftsstellplätze im MK 4 ist bis zum Anschluss an die Straßenverkehrsfläche Bärstraße als komplett akustisch wirksame Einhausung auszubilden. Die Deckenverkleidung der oberirdischen Stellplatzebenen ist schallabsorbierend auszubilden.
- Für die platzartige Erweiterung der Bärstraße („Bärplatz“) wird die Festsetzung Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „verkehrsberuhigter Bereich“ in „Fußgängerbereich“ geändert, da dieser Bereich vorwiegend eine Aufenthaltsqualität für Fußgänger erhalten soll.

2. Eine Beteiligung der von dieser Änderung betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist gemäß § 4a (3) Satz 4 BauGB erfolgt bzw. war nicht erforderlich, sofern mit diesen Änderungen die abgegebenen Stellungnahmen Berücksichtigung fanden.

5.33. Satzung 1. vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 239-3
"Regierungsstraße"

DS0299/06

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE lehnt die Beschlussfassung ab.

Stadtrat Krause, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Änderungsantrag DS0299/06/1 seiner Fraktion ein und begründet umfassend das Anliegen des Änderungsantrages.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Krause zum Änderungsantrag DS0299/06/1 und begründet umfassend seine Ablehnung der vorliegenden Drucksache.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr, der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann und der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal legen umfassend ihre Auffassung hinsichtlich der Ablehnung der Drucksache dar.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx macht Erläuterungen zum geplanten Vorhaben und verweist darauf, dass im Ergebnis von Anwohnerggesprächen die geplante Bebauung bereits verändert wurde. Aus diesem Grund hält er die vorliegende Drucksache für zustimmungsfähig.

Im Rahmen der weiteren umfänglichen kontroversen Diskussion mit dem Schwerpunkt der Errichtung einer Parkpalette und der geplanten kleinteiligen Bebauung sprechen sich Vertreter der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion für und Vertreter der Fraktion Die Linkspartei.PDS gegen eine Beschlussfassung aus.

Abschließend geht der Bürgermeister Herr Czogalla in seinen Ausführungen klarstellend auf die in der Diskussion geäußerten kontroversen Aspekte ein und plädiert für eine Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Ergänzend verweist der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung Herr Dr. Puchta auf die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Umgestaltungen in diesem Bereich aus der GA-Förderung touristische Infrastruktur und der damit verbundenen Erwartung der Ansiedlung touristischer Unternehmen. Mit der Zustimmung zur vorliegenden Drucksache sieht er die Chance für eine solche Ansiedlung.

Stadtrat **beschließt** bei vielen Ja-Stimmen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0299/06/1 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Bebauungsplan wird so geändert, dass der Stellungnahme/Anregung der Bürgerinnen und Bürger zum Verzicht auf die Bebauung gegenüber dem Kloster Unser Lieben Frauen (entsprechend der DS0298/06/ Punkt 2.3, erster Anstrich) gefolgt wird.

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat beschließt mit 21 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1195-39(IV)06

1. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05. Oktober 1993 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 16. 10. 2006 die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 239-3 „Regierungsstraße“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.
2. Die Begründung und die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB werden gebilligt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der geänderte Bebauungsplan in Kraft.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge gibt eine persönliche Erklärung ab. (Anlage 1)

5.34. Abwägung zur 3. Änderung Bebauungsplan Nr. 237-1
"Bahnhofsvorplatz"

DS0237/06

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV lehnt die Beschlussfassung ab.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet umfassend die Ablehnung der Beschlussfassung zur DS0237/06 sowie zur DS0238/06 (TOP 5.35.).

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Nein-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1196-39(IV)06

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung des Entwurfs zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 237-1 "Bahnhofsvorplatz" in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.
2. Die Beschlüsse Nr. 063-14(IV)05, 064-14(IV)05 und 065-14(IV)05 des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr in der Sitzung am 22.09.2005 über die Abwägung zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung werden bestätigt.
Weitere Einzelbeschlüsse sind nicht zu fassen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger, Behörden und Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

5.35. Satzung zur 3. Änderung Bebauungsplan Nr. 237-1
"Bahnhofsvorplatz"

DS0238/06

Die Ausschüsse UwE und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV lehnt die Beschlussfassung ab.

Der Stadtrat **beschließt** mit 22 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1197-39(IV)06

1. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05. Oktober 1993 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 16. 10. 2006 die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 237-1 „Bahnhofsvorplatz“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.
2. Die Begründung und die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB werden gebilligt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der geänderte Bebauungsplan in Kraft.

- 5.36. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. DS0243/06
348-2 "Stemmerner Straße"
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1198-39(IV)06

1. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 348-2 "Stemmerner Straße" und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.
Es wurde eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Gemäß § 2a BauGB wurde eine Umweltbericht als gesonderter Bestandteil der Begründung erstellt.
2. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 348-2 "Stemmerner Straße" und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

- 5.37. Vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 235-2 "Buttergasse" DS0264/06
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1199-39(IV)06

1. Der seit dem 09.07.2002 rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 235-2 „Buttergasse“, ergänzt durch die seit dem 04.11.2003 rechtsverbindliche 1. Änderung des Teilbereiches A, soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch geändert werden.

(Flur 353) und die Nordgrenze des Flurstücks 103 (Flur 353) (Braunschweiger Straße)

- im Osten durch die Ostgrenzen der Flurstücke 3/1, 3/2 und 3/3 (Flur 353)

beschlossen, einen Bebauungsplan aufzustellen.

Am 09.02.1995 wurde durch den Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg der Bebauungsplan Nr. 362-2 "Braunschweiger Straße" als Satzung beschlossen (Beschluss-Nr. 050-10 (II) 95).

Diese Beschlüsse werden aufgehoben. Die Aufhebung erfolgt gemäß § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren, da keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von Schutzgütern im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB bestehen. Auf die Durchführung einer Umweltprüfung und die Erstellung eines Umweltberichts wird verzichtet.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungs- und des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 362-2 ist ortsüblich bekannt zu machen.

8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand übernimmt die Sitzungsleitung.

8.1. Reduzierung der vorgenommenen Kürzungen bei Spielplätzen A0103/06

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages A0103/06/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg bringt den Änderungsantrag A0103/06/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage begründet seine ablehnende Auffassung zum Änderungsantrag A0103/06/1.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal verweist darauf, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich sei, diese Maßnahme umzusetzen und spricht sich für den Änderungsantrag A0103/06/1 aus.

Gemäß Änderungsantrag A0103/06/1 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat bei 2 Enthaltungen einstimmig:

Der Finanz- und Grundstücksausschuss empfiehlt der Verwaltung, den Antrag A0103/06 bei den Haushaltsplanungen 2007 zu berücksichtigen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Berücksichtigung des Änderungsantrages A0103/06/1 des Ausschusses FG einstimmig:

Beschluss-Nr. 1201-39(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Antrag A0103/06 des Jugendforums –

die vorgenommenen Kürzungen bei Spielplätzen in Höhe von 208.000 € rückgängig zu machen bzw. deutlich zu reduzieren.

bei den Haushaltsplanungen 2007 zu berücksichtigen.

8.2. MagdeburgOnline

A0115/05

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht in seinen Ausführungen auf die Punkte 1 und 2 der Stellungnahme der Verwaltung ein und erklärt, dass der Antrag A0115/05 mit der vorgelegten Stellungnahme als erledigt betrachtet wird.

Der TOP 8.3. wurde im Zusammenhang mit TOP 5.19 behandelt.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag im Sinne der in der Stellungnahme der Verwaltung gemachten Ausführungen zum Verkehrskonzept.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern unterstützt das Anliegen des Antrages A0039/06 der FDP-Fraktion und legt ergänzend seine Auffassung dar, dass hinsichtlich des Parkplatzbedarfes eine Untersuchung durchgeführt werden sollte.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr begründet die ablehnende Haltung seiner Fraktion zum vorliegenden Antrag.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann spricht sich für den Antrag A0039/06 aus.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1202-39(IV)06

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt ein Verkehrskonzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie dem erhöhten Verkehrsaufkommen Rechnung getragen wird, das zu erwarten ist, wenn in dem bald fertig gestellten neuen Magdeburger Fußballstadion Großveranstaltungen stattfinden.
2. Das Konzept soll in den zuständigen Ausschüssen beraten werden.

Der TOP 8.5. wurde zurückgezogen.

Der Antrag A0063/06 wird durch den Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern **zurückgezogen**.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages A0087/06/1

Der Verwaltungsausschuss hat den Antrag A0087/06 zur Kenntnis genommen und empfiehlt die Beschlussfassung des Änderungsantrages A0087/06/1.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und erklärt das Einverständnis seiner Fraktion zum Änderungsantrag A0087/06/1 des Ausschusses KRB.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke spricht sich für eine Ablehnung sowohl des Antrages A0087/06 als auch des Änderungsantrages A0087/06/1 aus und begründet seine Auffassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal, der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr, der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern sowie der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage sprechen sich für eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0087/06/1 aus.

Gemäß Änderungsantrag A0087/06/1 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine städtische Richtlinie über die Plakatierung bei Wahlen innerhalb der Grenzen der Landeshauptstadt Magdeburg als Satzungsentwurf vorzulegen.

Der Stadtrat beschließt unter Beachtung des Änderungsantrages A0087/06/1 des Ausschusses KRB bei einigen Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1203-39(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine städtische Richtlinie über die Plakatierung bei Wahlen innerhalb der Grenzen der Landeshauptstadt Magdeburg als Satzungsentwurf vorzulegen

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Die Ausschüsse VW und FG haben den Antrag A0088/06 zur Kenntnis genommen.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0088/06/2 der CDU-Fraktion vor.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag A0088/06/2 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal verweist auf den Beschluss gemäß Änderungsantrag A0088/06/1 seiner Fraktion zur Durchführung einer gemeinsamen öffentlichen Ausschusssitzung in Form einer Expertenanhörung und merkt kritisch an, dass diesem Beschluss bisher nicht gefolgt wurde. Bei einer Beschlussfassung zum vorliegenden Antrag würde auch der Stadtrat diesen Beschluss ignorieren.

Gemäß Änderungsantrag A0088/06/2 der CDU-Fraktion beschließt der Stadtrat bei vielen Enthaltungen einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Magdeburg im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten an der Erarbeitung des Haushalts 2007 mitwirken zu lassen.

Dazu ist verstärkt auf das bestehende Internetforum zum Thema Finanzen unter www.magdeburg.de öffentlich hinzuweisen.

~~Beispielgebend sollte dabei die Aktion der Hansestadt Hamburg mit ihrer Internetkampagne unter der Adresse www.hamburg-haushalt.de sein.~~

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages A0088/06/2 der CDU-Fraktion bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1204-39(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Magdeburg im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten an der Erarbeitung des Haushalts 2007 mitwirken zu lassen.

Dazu ist verstärkt auf das bestehende Internetforum zum Thema Finanzen unter www.magdeburg.de öffentlich hinzuweisen.

8.9. PPP für die Stadthalle

A0120/06

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1205-39(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit der Sanierung und des Umbaus (ggf. auch einer Betreuung) der Stadthalle im Rahmen eines PPP-Modells (Public-Private-Partnership) näher untersuchen zu lassen.

Dabei sollen alle denkbaren Varianten dieser Finanzierungsmöglichkeit untersucht und mit der MVGM GmbH abgestimmt werden.

Das Landesverwaltungsamt, besser noch das Ministerium für Justiz, sollen parallel um Stellungnahme zu diesem Finanzierungsansatz gebeten werden.

Das Untersuchungsergebnis und die Stellungnahme sind bis September 2006, ggf. in einer Zwischeninformation, mit Vorschlägen für das weitere Verfahren in den Ausschüssen Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie Finanzen und Grundstücksverkehr vorzustellen.

8.10. Sanierung Stadthalle

A0135/06

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1206-39(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Sanierung und eventuellen Betreuung der Stadthalle das wettbewerbliche Dialogverfahren als neues (PPP) Vergabeverfahren prüfen zu lassen.

Bei der Prüfung ist das Landesverwaltungsamt und die MVGM GmbH zu beteiligen.

8.11. Streuobstwiese in Sudenburg

A0130/06

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages A0130/06/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg bringt den Änderungsantrag A0130/06/1 ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt mit Hinweis auf die Art des Grundstückes seine Zweifel zum Ausdruck, dass für dieses Grundstück eine bauliche Nutzung beantragt wird.

Der Bürgermeister Herr Czogalla informiert über das Ergebnis eines Gespräches mit der Kindereinrichtung und legt dar, dass das Grundstück gegenwärtig von der Einrichtung der katholischen Erwachsenenbildung genutzt wird. Der hierzu bestehende Vertrag läuft zum Ende des Jahres 2006 aus und die KEB unternimmt Bemühungen, dass dieser Vertrag durch einen andere Partner übernommen wird. Über das Ergebnis wird der Stadtrat zu gegebener Zeit informiert.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal unterbreitet den Vorschlag, den Antrag zurückzuziehen.

Im Ergebnis der geführten Diskussion wird der Antrag von Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, **zurückgezogen**.

8.12. Verbesserung des ÖPNV-Angebotes

A0133/06

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0133/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Stadträtin Siedentopf, CDU-Fraktion, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages A0133/06 und bittet auf der Grundlage der Stellungnahme der Verwaltung um Einzelabstimmung zum Antrag.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Änderungsantrag A0133/06/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt sein Unverständnis zum Anliegen des Antrages zum Ausdruck und verweist darauf, dass das Prüfergebnis der Verwaltung mit vorliegender Stellungnahme dargelegt wurde. Dieses Prüfergebnis sollte in den Ausschüssen beraten werden, der erteilte Prüfauftrag ist nach seiner Ansicht als erledigt

anzusehen. Im Weiteren merkt er kritisch an, dass der Aufsichtsrat nicht durch die Vertreter der Landeshauptstadt in der Gesellschafterversammlung beauftragt werden kann.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, spricht sich für eine Beschlussfassung zum Antrag aus.

Gemäß Änderungsantrag A0133/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat bei vielen Enthaltungen einstimmig:

Der zweite Anstrich des Beschlusstextes wird ersatzlos gestrichen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages A0133/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1207-39(IV)06

Die Vertreter der Landeshauptstadt in der Gesellschafterversammlung der MVB werden beauftragt, den Aufsichtsrat dieses Unternehmen zu beauftragen, folgende mögliche Änderungen bei der Buslinie 71 zu prüfen:

- Erweiterung der Buslinie 71 in Richtung Alt-Olvenstedt bis zum Stephan-Schütze-Platz

Die Prüfungsergebnisse werden in den zuständigen Gremien der MVB und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorgestellt.

8.13. Wirtschaftliches Potential des demographischen Wandels

A0136/06

Die Ausschüsse RWB, GeSo, VW sowie RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Ansorge, CDU-Fraktion, macht umfassende Ausführungen zum Anliegen des Antrages und spricht seinen Dank für die Unterbreitung der konstruktiven Vorschläge sowie die Erarbeitung der Stellungnahme der Verwaltung aus.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1208-39(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeauftragten und anderen relevanten Gremien die Erwartungen und Bedürfnisse der wachsenden Gruppe von Senioren zu erheben.

Ziel ist es dabei, die wirtschaftlichen Chancen für den Arbeitsmarkt insgesamt auszuloten und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Magdeburg anzuregen, die sich durch diesen Bedarf an Dienstleistungen ergeben.

Die TOP 8.14 und 8.15. wurden zurückgezogen.

8.16. Einrichtung einer Stabsstelle "Energie"

A0141/06

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Antrag A0141/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0141/06 – in den Ausschuss UwE – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0141/06 wird in den Ausschuss UwE überwiesen.

WV: SR-Sitzung 18. 01. 2007

Der TOP 8.17 wurde im Zusammenhang mit der Behandlung des TOP 5.22 zurückgezogen.

8.18. Stellplatzangebot für Wohnmobile verbessern

A0164/06

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den Antrag A0164/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0164/06 in die Ausschüsse KRB, RWB und StBV ein – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0164/06 wird in die Ausschüsse KRB, RWB und StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 18. 01. 2007

8.19. Beseitigung von Müll am Neustädter See

A0166/06

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0166/06 umfassend ein.

Im Rahmen der Diskussion sprechen sich der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann, der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern sowie Mitglieder der Fraktion Die Linkspartei.PDS und der CDU-Fraktion gegen eine Beschlussfassung zum Antrag A0166/06 aus.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Ende der Rednerliste – ein.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

- Ende der Rednerliste.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0166/06 in den Ausschuss KRB – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, **beschließt** der Stadtrat bei 1 Nein-Stimme mehrheitlich:

Der Antrag A0166/06 wird in den Ausschuss KRB überwiesen.

WV: SR-Sitzung 07. 12. 2006

8.20. Erstellung einer Mietnebenkostenübersicht für die
Landeshauptstadt Magdeburg

A0167/06

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0167/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0167/06 in die Ausschüsse KRB, StBV und FG – ein.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, und der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal begründen ihre Ablehnung zum GO-Antrag.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der GO-Antrag des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion,

- Überweisung des Antrages A0167/06 in die Ausschüsse KRB, StBV und FG –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1209-39(IV)06

Der Antrag A0167/06 der FDP-Fraktion

Der Oberbürgermeister wird gebeten, eine Mietnebenkostenübersicht für die Landeshauptstadt Magdeburg zu erarbeiten und sie dem Stadtrat und den einschlägigen Ausschüssen sowie der interessierten Öffentlichkeit vorzulegen.

Die Erstellung und Umsetzung sollte in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Wohnungswirtschaft erfolgen.

wird **abgelehnt**.

8.21. Wärmenutzung aus Abwasser

A0170/06

Stadtrat Reppin, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0170/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0170/06 in den Ausschuss UwE – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal ergänzt den GO-Antrag um den Ausschuss RWB.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning unterstützt den GO-Antrag.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Reppin, CDU-Fraktion, ergänzt vom Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0170/06 wird in die Ausschüsse UwE und RWB überwiesen.

WV: SR-Sitzung 18. 01. 2007

8.22. Fußgängerfreundlicher Überweg beim Technikmuseum

A0171/06

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, erklärt gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den Antrag A0171/06 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning spricht sich für eine Beschlussfassung zum vorliegenden Antrag aus und unterbreitet den Vorschlag für eine redaktionelle Änderung:

Im Beschlusstext soll es heißen:

Der Oberbürgermeister wird **gebeten**, ...

Der Einbringer des Antrages A0171/06 stimmt dieser redaktionellen Änderung zu.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0171/06 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Antrag A0171/06 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 18. 01. 2007

8.23. Buslinie zum Technikmuseum

A0172/06

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, erklärt gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den Antrag A0171/06 ein und schlägt nachfolgende redaktionelle Änderung vor:

Im Beschlusstext ist zu ergänzen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob **von April bis November**

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, begründet seine Ablehnung des Antrages A0171/06.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning verweist darauf, dass es sich bei vorliegendem Antrag um einen Prüfauftrag handelt.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der redaktionellen Änderung bei vielen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1210-39(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob von April bis November eine Anbindung der Dodendorfer Straße an die Buslinienverbindung mit Haltestelle Technikmuseum möglich ist.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0168/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0168/06 in den Ausschuss KRB – ein.

Die Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern, der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning, der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann sowie der FDP-Fraktion Stadtrat Franke sprechen sich für den GO-Antrag aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0168/06 wird in den Ausschuss KRB überwiesen.

WV: SR-Sitzung 07. 12. 2006

9. Informationsvorlagen

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern nimmt Bezug auf die unter TOP 9.1 vorliegende Information I0185/06 und geht kritisch auf den Umgang der Verwaltung zu dieser Thematik ein. Er spricht sich dafür aus, diese Problematik zu einem Abschluss zu bringen, da seitens des Stadtrates auf Grund der ungeklärten Finanzierungsfrage bisher noch keine Entscheidung getroffen wurde. Es ist grundsätzlich der Umgang mit dieser Thematik zu klären und dazu ist die Vorlage einer Information über den aktuellen Sachstand nicht ausreichend.

Im Weiteren legt er dar, dass gleichfalls zum mit der Information I0231/06 vorgelegten Sachstand bzgl. der Feinstaubproblematik die weitere Verfahrensweise geklärt werden muss.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz macht klarstellende Ausführungen zum Anliegen der Information I0231/06 und informiert, dass eine entsprechende Beschlussvorlage kurzfristig zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge unterbreitet folgenden Verfahrensvorschlag:

Bei entsprechendem Diskussionsbedarf zu vorliegenden Informationen treten die Fraktionsvorsitzenden an den Stadtratsvorstand heran mit der Bitte, die zuständigen Ausschussvorsitzenden zu informieren, die betreffenden Informationen im Fachausschuss zu beraten. Im Ergebnis der Beratung müsste dann ein entsprechender Antrag erfolgen, dass gemäß Geschäftsordnung des Stadtrates eine Behandlung im Stadtrat ermöglicht wird.

Die unter TOP 9.1. – 9.9. vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzender

A. Behne
Schriftführer/in

Anwesend:

Abwesend

Balzer, Falko
Bork, Jana
Danicke, Martin
Grünert, Gerald
Heendorf, Michael
Heynemann, Bernd
Lischka, Burkhard
Meinecke, Sven
Szydzick, Claudia
Trümper, Lutz Dr.

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr.
Bischoff, Norbert
Boeck, Hugo
Bromberg, Hans-Dieter
Brüning, Hans-Werner
Canehl, Jürgen
Czogalla, Olaf
Franke, Holger
Frömert, Regina
Giefers, Thorsten
Gripinski, Axel
Hein, Rosemarie Dr.
Heinemann, Klaus
Heinl, Gerhard
Herbst, Sören Ulrich
Hoffmann, Martin
Huhn, Dagmar
Klein, Carsten
Krause, Bernd
Kriese, Birgit
Kutschmann, Klaus Dr.
Löhr, Rainer
Meinecke, Karin
Meinecke, Walter
Müller, Oliver
Paqué, Sabine
Reichel, Gerhard Dr.
Reppin, Bernd
Rink, Johannes
Salzborn, Hubert
Schindehütte, Gunter
Schmicker, Wolfgang
Schmidt, Kurt Dr.

Schoenberner, Hilmar
Schuster, Frank
Schwenke, Wigbert
Seifert, Eberhard
Siedentopf, Uta
Stage, Michael
Stage, Mirko
Stern, Reinhard
Veil, Thomas
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zimmer, Gerd Dr.
Geschäftsführung
Ignatuschtschenko, Anne Dr.